

**Beiträge ÖkoLinX-ARL  
in der Fraktion  
»ÖkoLinX-ELF im Römer«**

## **Wortprotokoll**

**über die**

**28. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 1. Februar 2024**

**(16:12 Uhr bis 22:29 Uhr)**

7. Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden .....	55
Antrag der CDU vom 13.12.2023, NR 836	
Stadtverordnete Christina Ringer, CDU:.....	55
Stadtverordnete Stella Schulz-Nurtsch, SPD:.....	57
Stadtverordneter Johannes Hauenschild, Volt:.....	59
Stadtverordnete Isabel Schnitzler, FDP:.....	60
Stadtverordnete Beatrix Baumann, GRÜNE:.....	61
Stadtverordnete Monika Christann, LINKE.:.....	63
Stadtverordnete Christina Ringer, CDU:.....	64
8. Kreislaufwirtschaft vorantreiben .....	65
Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt vom 22.11.2023, NR 817	
Stadtverordneter Dr. Julian Langner, FDP: .....	65
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	67
Stadtverordneter Yannick Schwander, CDU:.....	68
Stadtverordneter Thomas Schlimme, GRÜNE: .....	70
Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:.....	71
9. Finanzpolitische Kurskorrektur über die Einnahmeseite .....	72
Antrag der LINKE. vom 21.12.2023, NR 838	
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.: .....	72
Stadtverordnete Martina Düwel, GRÜNE: .....	75
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP: .....	76
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt: .....	79
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF: .....	80
Stadtverordnete Dr. Veronica Fabricius, CDU: .....	82
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:.....	83
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.: .....	85
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	86
10. Beteiligung der SEF an der Bauleitplanung und an Baugenehmigungsverfahren.....	88
Anregung des OBR 8 vom 07.12.2023, OA 422	
<u>hierzu:</u> Antrag der Gartenpartei vom 07.01.2024, NR 841	
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei: .....	88

Nun gut, wir haben auch das Thema mit dem Landeswohlfahrtsverband, wodurch unsere finanzielle Handlungsfähigkeit zunehmend eingeschränkt wird. Das alles sind Themen. Aber immer mehr Geld auf die Probleme zu schütten, wie Sie es vorschlagen, wird die Probleme hingegen nicht lösen. Wir werden bloß immer mehr Geld brauchen, und deswegen bin ich der Meinung, dass wir an die strukturellen Probleme rangehen müssen. Sie vergleichen auch Frankfurt mit München, obwohl hier die Region eine viel größere Rolle spielt. Das ist alles nicht ganz durchdacht. Wie man mit mehr Gewerbesteuern mehr Gewerbeflächen herbeizaubert oder diese ganze Flächenproblematik entzerren kann, das müsste man mir noch erklären.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Christoph Rosenbaum:**

Danke schön! Als Nächster hat das Wort Herr Stadtverordneter Zieran von ÖkoLinX-ELF. Bitte schön!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:**

Man kann die Debatte auch sehr humorvoll angehen, das hat die FDP ja gerade bewiesen. Aber der Humor fällt dann eher auf die Menschen zurück, die ständig sagen: „Wir haben zu wenig Fachpersonal, wir haben hier zu wenig, wir haben da zu wenig“, und plötzlich ist das Problem, dass wir zu viel Geld haben. Wie hat es die Vertreterin der GRÜNEN gerade gesagt? „Noch mehr Geld einnehmen ist nicht schlüssig.“ Das ist der geilste Satz, den ich im letzten Jahrzehnt gehört habe. Das spiegelt auch nicht die Ausschlussdiskussion wider. Es wird auch ständig gesagt, dass wir Krisen haben. Ich nehme an, das stimmt: dass wir eine Klimakrise haben, dass wir soziale Härten haben, dass wir was weiß ich für Probleme von Menschen und Probleme ökologischer Art haben, die gelöst werden müssen. Da fehlt doch ganz offensichtlich das Geld, auch wenn ihr kein Geld wollt. Warum will diese

Koalition kein Geld? Weil natürlich eine Partei dabei ist, die Partei des Immobilienkapitals, und die möchte ...

(Zurufe, Heiterkeit)

Ja, da geht er gerade.

Die möchte keine Gewerbesteuererhöhung, weil das ihre Klientel trifft. Darum geht es doch. Ihr wollt auf der Seite nicht mehr einnehmen. Wenn wir einmal in der Geschichte zurückgehen, dann hat es sehr viel höhere Gewerbesteuern gegeben. Es hat sehr viel mehr - obwohl ich das Wort gar nicht in den Mund nehmen möchte - Gerechtigkeit gegeben. Die Kapitalseite wurde auch dazu herangezogen, etwas für die Gemeinde, für die Gemeinschaft zu tun. Heute wird das über Sponsoring erledigt. Man bittet einen Konzern, dass er auch einmal dafür etwas spendet, man macht eine Kulturmeile und bekommt vielleicht Geld von dem einen, vielleicht von dem anderen, und dafür lässt man die Steuern ganz niedrig. Dann holt man das Geld anderweitig, wie die LINKEN. das meiner Meinung nach schon im Ansatz ganz richtig gesagt haben, nur bleiben sie in der Konsequenz zu klein: Wenn man die Eintrittspreise für die Museen erhöht und in die Begründung reinschreibt, dass dies ein Beitrag ist, um den Haushalt zu stabilisieren, dann ist das schon echt irre. Man nimmt also von denjenigen Leuten Geld - da gibt es ja auch viele Leute, die nicht so viel Kohle haben und die gerne in kulturelle Einrichtungen gehen würden -, von denen nimmt man Geld, weil man selbst in der Koalition nicht mutig genug ist, das auszutragen, dass man trotz der hohen Steuereinnahmen eigentlich mehr Geld braucht, sonst hätten wir nicht diese Schulden.

Das höre ich immer wieder: In jedem zweiten Ausschuss gibt es eine Diskussion über das Fachpersonal. Woran liegt das denn, dass man in bestimmten Bereichen kein Fachpersonal bekommt? Weil die Löhne nicht entsprechend sind! Zum Beispiel bei den U-Bahn-Fahrern: Ich kenne U-Bahn-Fahrer, die bezüglich der Linie U 5 sagen, dass sie U-Bahn-Fahrer sind, weil sie - ich kann das nicht verstehen, aber sie sagen es -, weil sie daran Spaß haben. Aber das Geld sei viel zu wenig. Warum erhöht man nicht einfach einmal die Einkommen dieser Menschen, um

das Problem des Fachpersonalmangels zu lösen, auch in Konkurrenz zu anderen Gemeinden? Nein, noch mehr Geld einzunehmen, sei nicht schlüssig, wird einem dann gesagt. Was für eine irre Argumentation!

Wir brauchen Geld in dieser Stadt. Wir brauchen Ausgleich für die sozialen Härten, die durch Inflation und andere Belastungen für die Menschen geschaffen worden sind, und wenn dieser Ausgleich nicht erfolgt, dann wird auch diese Politik, dass man bestimmte Bereiche der Stadt entweder verrotten lässt oder sie nicht umstrukturiert, zurückfallen auf den Nährboden der Faschisten, der Nazis. Wenn ich nicht in der Lage bin, Geld in die Hand zu nehmen - lieber Uwe Paulsen, hör lieber zu, dann lernst du was -, ...

(Zurufe)

Wenn ich nicht in der Lage bin, Geld in die Hand zu nehmen, um für die, die kein Geld haben, ein Wohnungsbauprogramm zu machen, ... Dafür brauche ich mindestens eine Milliarde, um einen Großteil der 40.000 Sozialwohnungen, die ihr zerschlagen habt, wieder zu bauen. Ich brauche mehrere hundert Millionen, um bestimmte Investitionen, die anstehen, zu finanzieren, die Klimakrise zum Beispiel. Ich will da jetzt gar nicht konkret werden. Aber ihr wollt keine Erhöhung der Gewerbesteuer. Stattdessen gibt es eine Scheindiskussion von den GRÜNEN, dass es ein strukturelles Problem sei. Ja, natürlich! Alles ist ein strukturelles Problem. Man könnte mehr Steuern von höheren Ebenen kriegen, man könnte den Kapitalismus abschaffen ...

(Heiterkeit)

... und könnte gerechtere Verhältnisse haben; das sind alles strukturelle Probleme. Das ist eine eigenartige Ebene der Argumentation vonseiten der GRÜNEN.

Bleiben wir hier doch einmal bei dem, was ihr sonst immer argumentiert, bei dem, was wir hier entscheiden können, und das ist die Erhöhung des Hebesatzes, 50 Prozent der Einnahmen. Da wird dann Eschborn herangezogen, als ob die Leute alle nach Eschborn ziehen würden, falls wir die Gewerbesteuer erhöhen würden. Wir haben Gemeinden, die haben einen Hebesatz von 600 Punkten; die

Stadt Herdecke in Nordrhein-Westfalen hat einen Hebesatz von 535 Punkten, um nur ein Beispiel zu nennen. Aber diese Beispiele bringen doch nichts. Es geht darum, dass die Stadt Frankfurt bei dem ungerechten Steuersystem, das wir haben, die Möglichkeit hat, hohe Gewerbesteuern einzunehmen, weil wir hier eine Konzentration von Kapital haben.

(Zurufe)

Ihr blockiert diese Einnahmequelle, und deswegen blockiert ihr auch Ausgaben, die ökologisch und sozial notwendig sind. Das ist schon gesagt worden. Immerhin hat die FDP, wie ich glaube, gelernt - ach nein, die GRÜNEN haben es gesagt -, dass der Gewerbesteuerhebesatz im Jahr 1999 in Frankfurt bei 515 Punkten lag. 1999, das ist noch gar nicht so lange her, lag er bei 515 Punkten. Das ist gar nicht so weit von 600 Punkten entfernt.

(Zurufe)

Wenn ich das auf heute projiziere, dann könnten wir auch mehr haben. Es ist doch ulkig, dass die GRÜNEN, die sonst immer der Meinung sind, dass man da eigentlich mehr holen müsste - auch die SPD, Mike Josef hat gesagt, wir müssten mindestens auf 590 Punkte gehen -, das plötzlich nicht mehr sagen. Stattdessen übernehmen sie Argumentationen, bei denen ich mich frage: Sind sie jetzt bei der FDP in die Lehre gegangen? Habt ihr da ein Fortbildungsseminar gemacht?

(Zurufe)

Ach so, ja. Das ist wahrscheinlich der Punkt, dass die GRÜNEN jetzt eure Logik übernehmen. Ich glaube, es hat wenig Sinn, da im Detail drüber zu reden, da ihr den Antrag ablehnen werdet. Ich sage es noch einmal, und ich werde es jedes Jahr wieder sagen, solange ihr die Einnahmen nicht erhöht: Wir haben kein Ausgabenproblem, wir haben ein Einnahmenproblem. Wir brauchen mehr Einnahmen. Erhöht die Gewerbesteuer! Wir werden diesen Antrag der LINKEN annehmen. Unsere Kritik geht eher in die Richtung, dass wir sagen: Wenn man schon immanent und in dem Zusammenhang denkt, was wir in dieser Stadt an Investitionen machen müssen, dann ist diese sogenannte moderate

Erhöhung untauglich, um diese Investitionen zu tätigen. Dann müsste ich zur alten Höhe der Gewerbesteuer zurückkehren, die wir schon einmal hatten. Dann könnten wir wirklich handeln, dann könnten wir auch Personal einstellen. Wir haben noch nicht einmal genügend Personal dafür, dass die Ortsbeiräte ihre Anregungen umgesetzt bekommen.

(Zurufe)

Wir brauchen eine mutigere Politik, die sich von diesem FDP-Dogma „Keine Gewerbesteuererhöhung“ löst. Ich weiß nicht, ob Volt auch dieser Ansicht ist, aber andere in der Koalition sind jedenfalls nicht der Ansicht. Die würden gerne erhöhen, können es in dieser Koalition aber nicht. Warum versucht nicht der Teil, der die Gewerbesteuer erhöhen möchte, mal mit einem anderen Teil der Opposition zusammenzugehen und die FDP auf die Oppositionsbank zu setzen? Das wäre vielleicht die Lösung vieler Probleme in Frankfurt.

Danke!

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Christoph Rosenbaum:**

Als Nächstes hat das Wort für die CDU-Fraktion Frau Stadtverordnete Dr. Fabricius. Bitte schön!

**Stadtverordnete Dr. Veronica Fabricius,  
CDU:**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Vorsteher!

Der Ausgangspunkt beziehungsweise die Begründung für den Antrag der LINKEN., NR. 838, ist die Ablehnung der Einsparpläne ihrer Koalition, die Forderung der Haushaltskonsolidierung vonseiten des Innenministeriums. Darauf mit einer Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zu antworten, ist schlichtweg eine Themaverfehlung.

(Zurufe)

In Frankfurt haben wir kein Problem mit der Einnahmenseite, sondern Sie als Koalition

haben, wie es auch das Innenministerium sieht, ein Problem mit der Ausgabenseite. Die Gewerbesteuer sprudelt in einer Rekordhöhe wie nie zuvor, und davon profitiert sehr wohl unsere sozialgerechte und solidarische Stadtgemeinschaft, auch die heute Abend immer wieder erwähnte Kultur. Diese Quelle sprudelt, obwohl sehr große Traditionsunternehmen abgewandert sind, wie zum Beispiel Samson nach Offenbach - ja, in Kürze - mit einem Hebesatz von 440 Punkten und wie die Deutsche Börse, die mit ihrer Konzernzentrale nach Eschborn gezogen ist. Das sind Warnsignale. Eschborn mit seinem Hebesatz wurde mehrfach erwähnt. Warum ist wohl die Deutsche Börse nach Eschborn abgewandert und warum sind wohl dort die Gewerbeeinnahmen so hoch und die Kitaplätze so günstig? Ich möchte den Zahlenreihen, der hier schon erwähnt wurde, nicht noch einmal aufgreifen. Nur ein Punkt, weil Wiesbaden mit seiner marginalen Erhöhung erwähnt wurde: Trotz dieser Erhöhung liegt Wiesbaden immer noch unter dem Satz von Frankfurt. Insofern ist diese Erwähnung letztlich glatte Augenwischerei. Ich erlaube mir, doch noch eine Zahl zu nennen und dabei einen Blick über die Grenze zu werfen, nämlich in die benachbarte Landeshauptstadt Mainz, wo der Satz sage und schreibe unter dem von Eschborn bei 310 Punkten liegt. Wer hat also in der Rhein-Main-Region einen der höchsten Gewerbesteuersätze? Wir. Es verunsichert Unternehmen, wenn in der Stadtverordnetenversammlung immer wieder so diskutiert wird, als sei die Steuererhöhung der nächste logische Schritt, weil Sie keine Haushaltskonsolidierung hinbekommen.

(Beifall)

Nun zu einem zweiten Punkt: Für die Attraktivität eines Standortes spielt über den Gewerbesteuersatz hinaus die Infrastruktur eine entscheidende Rolle. Von wegen gute Rahmenbedingungen in dieser Richtung! Diesbezüglich kämpft Frankfurt mit vielen Minuspunkten: fehlender und teurer Wohnraum, weil die Koalition zu wenig baut und fertige Planungen wie die Günthersburghöfe in der Schublade liegen bleiben; ein unterirdisches Entree des Bahnhofsviertels, an dem Mitarbeiter und Kunden ankommen; eine katastrophale Verkehrspolitik Ihrer Koalition ...

(Beifall, Zurufe)